

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR

In der Zeit vom 16. bis 21. Juni 1953 kam es in 700 Städten und Gemeinden in der DDR zu Demonstrationen und Streiks. In allen Großstädten demonstrierten die Menschen und auch in vielen Kleinstädten. Sie forderten „Freie Wahlen“, „Nieder mit der SED“, „Freilassung aller politischen Häftlinge“, „Rücktritt der Regierung“, „Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland“ und „Wiedervereinigung“.

Die Krise der SED-Diktatur 1952/53

Die SED war mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht in ihrer Zone an die Macht gekommen. Die Abgeordneten der Volkskammer der 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik wurden nie in freien und geheimen Wahlen von den Wählern in ihr Mandat berufen. Von daher hatte die von der SED geführte Regierung nur eine schwache Basis im Volk.

Im April 1952 verordnete die sowjetische Regierung unter Stalin der SED-Führung eine neue Politik. Bewaffnete Streitkräfte sollten aufgebaut, die Grenze zur Bundesrepublik geschlossen und die Landwirtschaft kollektiviert werden. Darüber hinaus sollten die Länder aufgelöst und Bezirke sowie kleinere Kreise geschaffen werden. Die Macht der SED in Regierung und Verwaltung sollte auf allen Ebenen ausgebaut und Kritiker ausgeschaltet werden. Auf ihrer II. Parteikonferenz vom 9. bis 12. Juli 1952 in Ost-Berlin beschloss die Partei dieses nachträglich und nannte es den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR“. Die Maßnahmen führten im Herbst 1952 und Winter 1952/53 zu einer scharfen Wirtschaftskrise, weil zu wenige Konsumgüter von der Nahrung bis zum Fahrradschlauch produziert und den Bürgern angeboten wurden und den Konsumgüter produzierenden Unternehmen zu wenige Vorprodukte geliefert wurden. Der Aufbau der Schwerindustrie und der Rüstungswirtschaft hatten Priorität. Darauf reagierte die SED mit einer „Verschärfung des Klassenkampfes“ im Herbst 1952. Folgen waren ein erhöhter Druck auf die selbstständigen Bauern, mehr Waren zu niedrigen Festpreisen abzuliefern. Zu Beginn des Jahres 1953 begann die SED, all jene Bauern und Selbstständigen als „Wirtschaftsverbrecher“ strafrechtlich zu verfolgen, die die Auflagen nicht erfüllen konnten. Sie wurden verhaftet und oft enteignet. Am 20. Januar 1953 hatte das Sekretariat des ZK der SED

weitere Maßnahmen gegen „Spekulationen mit Lebensmitteln und Industriewaren“ (www.17juni53.de) beschlossen. Eine Woche später ordnete das Politbüro der SED Maßnahmen gegen die Jungen Gemeinden der evangelischen Kirche und deren Mitglieder an (www.17juni53.de). Im März 1953 wurden weitere Einschränkungen zur Versorgung der Bevölkerung verkündet und am 9. April 1953 weitere Versorgungseinschränkungen und Preiserhöhungen beschlossen. Im Mai 1953 waren inzwischen 66.317 Menschen in den Haftanstalten der DDR, davon 19.186 in Untersuchungshaft, eingesperrt, die höchste Zahl innerhalb der 40-jährigen Geschichte der DDR (Werkentin, 1997, S. 375).

Parallel zu diesem Prozess nahm die Flucht aus der DDR nach West-Berlin und in die Bundesrepublik zu. Im Januar 1953 waren 22.396 Menschen geflüchtet. Im März 1953 verließen 58.605 die DDR, die höchste Zahl von Bürgern der DDR bis zum November 1989, die ihr Land innerhalb eines Monats verließen.

Kurswende in Moskau im Juni 1953

Diese Krisensymptome wurden von Stalins Nachfolgern in Moskau wahrgenommen und sie verordneten der SED eine neue Politik für die DDR, einen „Neuen Kurs“.

Am 5., 6. und 9. Juni 1953 diskutierte das Politbüro des ZK der SED die neuen Richtlinien aus Moskau und beschloss ein Kommuniqué, welches vom 10. Juni an im Rundfunk verkündet und am 11. Juni im Neuen Deutschland abgedruckt wurde.

Nun sollten zahlreiche der Verfolgungsmaßnahmen gegen Selbstständige in Landwirtschaft und Gewerbe aufgehoben werden und Ladenbesitzern, die ihre Geschäfte geschlossen hatten, geholfen werden, diese erneut zu öffnen. Dem Handwerk und Mittelstand sollte mit kurzfristigen Krediten geholfen werden, „um die Erzeugung von Waren des Massenbedarfs zu vergrößern“ (Kowalczuk, 2003, S.91). Auch sollten diejenigen sofort aus der Haft entlassen werden, „die nach dem Gesetz zum Schutz des Volkseigentums zu ein bis drei Jahren Haft verurteilt worden sind...“ (Kowalczuk, 2003, S. 91). Auch die von den Oberschulen ausgeschlossenen Angehörigen der Jungen Gemeinden sollten sofort wieder zum Unterricht zugelassen werden. Landwirte und Hausbesitzer, die infolge ihrer Flucht in den Westen enteignet wurden, sollten bei Rückkehr ihr Eigentum zurückerhalten. Viele der

Maßnahmen der letzten zwölf Monate schienen aufgehoben worden zu sein. Doch die Erhöhung der Normen wurde nicht erwähnt.

Der Vorabend des Aufstands

Nach der Verkündung des „Neuen Kurses“ kam es in vielen Orten der DDR zu spontanen Streiks, Demonstrationen und zur Auflösung einiger Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG). Da in dem Kommuniqué des Politbüros die Frage der Normenerhöhung nicht behandelt wurde, waren insbesondere die Arbeiter vielerorts empört. Bereits am 16. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu einer Demonstration und einer Kundgebung der Bauarbeiter in der Stalinallee vor dem Haus der Ministerien in der Leipziger Straße. Hierüber berichteten am Abend und am kommenden Morgen der RIAS und der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR). Eine Delegation der Demonstranten ging am frühen Abend zum RIAS in West-Berlin und bat um die Verlesung ihrer Forderungen an die Regierung der DDR. Ab 19:30 Uhr sendete der RIAS wesentliche ihrer Forderungen und berichtete ab 23:30 Uhr, dass am kommenden Tag um 07:00 Uhr eine Demonstration am Strausberger Platz in Ost-Berlin stattfinden würde. In den Morgenstunden des 17. Juni sendete der RIAS einen Aufruf des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in West-Berlin, Ernst Scharnowski. Sein Kommentar endete mit den Worten: „Tretet darum der Bewegung der Ost-Berliner Bauarbeiter, BVGer und Eisenbahner bei und sucht Eure Strausberger Plätze überall auf.“

Brandenburg an der Havel

Auch auf dem Territorium des heutigen Landes Brandenburg, den damaligen Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder), Potsdam und Teilen Neubrandenburgs und Schwerins kam es zu Protesten. Bereits am 12. Juni 1953 versammelten sich einige Mitarbeiter des verhafteten Spediteurs und Fuhrunternehmers Taege vor dem Kreisgericht in der Steinstraße in Brandenburg an der Havel, um ihren Chef aus der Untersuchungshaft abzuholen. Die Mitarbeiter hatten eine Feier geplant und auch schon Alkohol getrunken, so dass es schnell zu ungeduldrigen Sprechchören kam. Bald versammelten sich immer mehr Menschen vor dem Gericht, der Verkehr in einer der Hauptstraßen Brandenburgs kam zum Erliegen. Nach Angaben der SED kamen ca. 5.000 Menschen zusammen.

Am 17. Juni kam es in Brandenburg erneut in der Steinstraße zu Demonstrationen und Protesten, an denen mehrere Tausend beteiligt waren,

die das Untersuchungsgefängnis stürmten und einen Richter öffentlich zur Rede stellten. Der Aufstand ging von den Arbeitern des Schlepperwerkes aus.

Rathenow

In Rathenow fanden die Proteste ihren Höhenpunkt in einer Kundgebung auf dem Karl-Marx-Platz, die um 11.00 Uhr begann. Ein Mitarbeiter der Rathenower Optischen Werke hielt eine Rede, die folgende Forderungen enthielt: Abschaffung der Volksarmee, freie Wahlen, Herabsetzung der HO-Preise und Freilassung der politischen Gefangenen. Jede Forderung wurde von den Anwesenden mit tosendem Beifall begrüßt. Auch forderten sie laut „Wir wollen unseren Bürgermeister Szillat wiederhaben!“ Zum Abschluss sangen die Versammelten das Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“, das bis heute eine Art Hymne der SPD ist. Paul Szillat saß zu diesem Zeitpunkt im Zuchthaus, wahrscheinlich im nicht weit entfernten Brandenburg an der Havel.

Niederlausitz

Den Auftakt für die Proteste am 17. Juni in der Niederlausitz bildete ein Proteststreik der Bauarbeiter auf der Baustelle des Kraftwerks Freihufen in der Nähe von Großräschen. Auch in Senftenberg hatten Arbeiter der Bau-Union die Arbeit niedergelegt, aber bereits um 11.00 Uhr wieder aufgenommen. Zentrum des Protestes wurde im Laufe des Tages die Stadt Lauchhammer. In der Stadt, die sich auf eine große Fläche verteilte, war es vor allem die Großkokerei „Mátyás Rákosi“, die im Mittelpunkt der Proteste stand. Der Streik ging von den Bauarbeitern der Bau-Union aus, die sich um ca. 13.45 Uhr am Turm II der Anlage versammelten. Gegen 15.00 Uhr war die Menge auf 600 bis 800 Personen angewachsen, auch Produktionsarbeiter der Kokerei mischten sich unter die Streikenden. Allerdings wurde der Betrieb aufrechterhalten. Es formierte sich ein Demonstrationzug, an dessen Spitze ein Schild mit der Aufschrift „Wir wollen unsere Freiheit“ getragen wurde. Auch in der nahegelegenen Brikettfabrik, die für die Produktion der Kokerei notwendig war, wurde durch die Demonstrationen ein Streik ausgelöst. Die sowjetische Armee vertrieb die Streikenden unter Einsatz von Schusswaffen, verletzt wurde aber niemand. Die Demonstration zog weiter in Richtung Lauchhammer-Mitte, während in der Kokerei immer mehr Arbeiter die Werkzeuge aus der Hand legten. Von den am Ende ca. 6.000 Streikenden

schlossen sich die meisten allerdings nicht der Demonstration an, sondern fuhren zu ihren Familien.

Auch in anderen Städten der Gegend kam es zu Arbeitsniederlegungen. In Senftenberg streikte das Eisenwerk, in Großräschen die Glashütte. In beiden Betrieben beteiligten sich auch Funktionäre der Gewerkschaft an den Protesten. In Finsterwalde kam es zu Unruhen in der Schraubenfabrik, nachdem der Werkleiter ein Zustimmungstelegramm an die DDR-Regierung gesandt hatte, ohne die Belegschaft zu fragen. Nicht nur in der Lausitz, sondern auch im Eisenhüttenkombinat Ost in Stalinstadt (heute Eisenhüttenstadt) und unter den Gleisbauarbeitern in Niemegk waren es die Wanderbauarbeiter, die die Initiatoren der Proteste und deren Sprecher waren.

Hennigsdorf

Früh in die Annalen der Geschichte ging der Protest der Arbeiter aus dem „Lokomotivbau Elektrotechnische Werke – Hans Beimler“ sowie dem „Stahl- und Walzwerk Wilhelm Florin“ Hennigsdorf ein. Sie rissen den Schlagbaum an der Grenze zum Westberliner Stadtteil Heiligensee ein und marschierten durch West-Berlin zum Leipziger Platz. Auf dem Weg zerschlugen sie die Leuchtschrift am „Walter-Ulbricht-Stadion“ in der Chausseestraße. Ihr Zug wurde von Westberliner Reportern begleitet, die z. T. live im RIAS berichteten.

Auf dem Land

In Wusterhausen (Dosse) demonstrierten an die tausend Bürgerinnen und Bürger, vor allem Landwirte, die eine Resolution auf dem Platz vor dem Rathaus verabschiedeten und dieses stürmten. Hier wurden freie Wahlen und die Einheit Deutschlands gefordert.

Die Folgen

Die Führung der SED und der Ministerrat der SED waren handlungsunfähig, so dass die sowjetischen Kommandanten den Ausnahmezustand erklärten, mit Panzern und bewaffneten Soldaten die Demonstrationen auflösten und mit der DDR-Volkspolizei und dem MfS die ersten Festnahmen vornahmen. Bis zum 6. Juli 1953 wurden etwa 10.000 Personen verhaftet, nachweislich 55

Personen kamen ums Leben bzw. wurden erschossen, hingerichtet oder starben infolge von Verletzungen.